



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION LANDKREIS HARBURG, GRUPPE SPD/UNABHÄNGIGER

SPD-Kreistagsfraktion Lkr. Harburg, Steinbecker Str. 24, 21244 Buchholz

Vorsitzender/Sprecher:

Tobias Handtke

An die
Lokalpresse im Landkreis Harburg

Buchholz, den 24. April 2015

SPD informiert über das neue Bildungs-Chancengesetz - Lob und Kritik, aber vor allem viel Unterstützung für den richtigen Weg!

„Die neue Schulgesetznovelle der Landesregierung ist das Bekenntnis für eine bessere Lernunterstützung unserer Schulkinder. Die Schulpolitik ist auf einem richtigen und guten Weg, aber noch nicht am Ende.“ So resümiert der SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende **Tobias Handtke** die Veranstaltung der Landtagsfraktion im Landkreis Harburg. Die SPD-Landtagsfraktion ist mit einer Inforeihe in Niedersachsen unterwegs, um mit den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den Akteuren aus Lehrer- und Elternschaft, die Veränderungen zu diskutieren. Im Vessens Hoff in Buchholz-Trelde begrüßte der frisch gewählte Unterbezirksvorsitzende **Thomas Grambow** die Gäste, den Referenten und Landtagsabgeordneten **Uwe Strümpel** und seine Kollegin **Andrea Schröder-Ehlers**.

Ganztagschule, Verlängerung der gymnasialen Schulzeit, Inklusion und viele einzelne Fragen zu Veränderungen vor Ort wurden dabei diskutiert. Mit 260 Millionen Euro mehr bis 2017 verwies **Uwe Strümpel** auf das Ganztagsschulprogramm; hier gibt es eine deutliche höhere Unterstützung für Schulen als jemals zuvor. Bei der Ausgestaltung bleibt Handlungsspielraum für die Schulen vor Ort, um den lokalen Bedürfnissen am besten gerecht zu werden. Dabei ist das Modell für den fünftägigen Ganztagsbetrieb noch nicht erreicht, aber es ist ein großer Schritt für mehr qualitativ hochwertige Betreuung getan.

Wenig Diskussionen, aber interessiertes Zuhören gab es beim Thema Wegfall der Schullaufbahnpflicht nach der Grundschulzeit. **Uwe Strümpel** führte aus, dass die Eltern bewusst oder unbewusst bereits nach der zweiten Klasse Druck auf ihre Kinder ausüben, damit eine „höhere“ Schule ab der 5. Klasse besucht werden kann - ein frühzeitiger Lernstress und Druck, der vermieden werden kann: *„Es ist die Aufgabe von*

Lehrern, mit den Eltern zusammen für das Kind die richtige Schule auszuwählen. Der Wegfall der Schullaufbahneempfehlung bedeutet weniger Stress für die Kinder und auch für die Lehrer.“ Klar wird dabei auch, dass indirekt eine weitere Stärkung der Gymnasien die Folge ist, da die Anwahl des Gymnasiums erwartungsgemäß zunehmen wird.

Dass in den Gymnasien zukünftig auch wieder Klassenfahrten auf dem Programm stehen, ist die begründete Hoffnung nach einem Spitzengespräch zwischen der Kultusministerin **Frauke Heiligenstadt** und den Lehrerverbänden. Verbesserte Bedingungen für die Lehrer sollen den Boykott auflösen. *„Konflikte dürfen niemals auf den Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen werden. Dies ist ein Grundsatz, der wieder mehr Bedeutung erfahren muss“*; findet **Brigitte Somfleth**, schulpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion.

Die Wiedereinführung des G9, also das Erreichen des Abiturs nach 13 Schuljahren und nicht nach 12 Jahren, bedeutet eine deutliche Entkrampfung des Lehrplans und mehr Lernzeit für die Schülerinnen und Schüler. Mit dieser Änderung werden für Integrierte Gesamtschulen und Gymnasien zudem gleich Voraussetzungen in der Schullaufzeit geschaffen. **Timea Baars**, mit 17 Jahren aktives SPD-Mitglied und Schülerin an einem Gymnasium, wünschte sich noch flexiblere Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, sich frühzeitig für eine verkürzte Gymnasialzeit zu entscheiden.

Ein weiteres Problem bleibt weiterhin die Finanzierung der Schulsozialarbeit. Bis heute gibt es hier noch kein Finanzierungskonzept, und viele Kommunen finanzieren diese so wichtige Arbeit in den Schulen aus der kommunalen Kasse. *„Das darf so nicht bleiben, denn es würde für die Zukunft bedeuten, dass die Finanzkraft der Kommunen darüber entscheidet, ob Schulsozialarbeit an den Grundschulen stattfindet. Es muss hier vom Land oder vom Bund eine nachhaltige Finanzierung gesichert werden“*; fordert **Tobias Handtke** in seinem Fazit.

Das Foto zeigt (v.l.n.r.): Uwe Strümpel, MdL, Peter Klaassen, Andrea Schröder-Ehlers, MdL, und Thomas Grambow